

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden  
Verlags-Gesellschaft: 25 841  
Kass. Nr. 20011  
Erscheinung u. Hauptverlag: Dresden  
Kass. Nr. 1, Marienstraße 25/48

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,30 RM. (einschließlich 76 Pf. für Telegramm- und Postgebühren). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 2 Pf. für Postgebühren). Die einjährige 30 RM. breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die 30 mm breite Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf., die 15 mm breite Zeile 5 Pf., für auswärts 7 Pf., die 10 mm breite Zeile 3 Pf., für auswärts 4 Pf., die 5 mm breite Zeile 1 Pf., für auswärts 1 Pf. 50. Offizieller Preis 20 Pf. (einschließlich 2 Pf. für Postgebühren).

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1004  
Kass. Nr. 1004  
Kass. Nr. 1004  
Kass. Nr. 1004  
Kass. Nr. 1004

## Italiens Stellung zum Donauebund-Plan

### Zustimmung, doch Prüfung des französischen Vorschlags

Berlin, 8. März. Die italienische Regierung hat heute das „Donau-Memorandum“ der französischen Regierung beantwortet und gleichzeitig die Regierungen von Großbritannien und Deutschland über den in dieser Erklärung eingenommenen Standpunkt in Kenntnis gesetzt. Die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Sanierung der Donauländer anzupacken, sei, wie es in der Note heißt, jetzt von allen europäischen Mächten anerkannt worden, obwohl es noch nicht gelungen sei, sich auf eine organische Lösung, die allen genügt, zu einigen. Die italienische Regierung, so fährt das Dokument fort, war eine der ersten, die sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Donauländer, insbesondere mit denen der Republik Österreich, befaßt hat. Aus diesem Grunde begrüßt sie ohne Einschränkung die in dem Manifest der französischen Regierung enthaltenen Absichten.

Dann wird auf die von Frankreich vorgeschlagenen Präferenzen eingegangen und betont, daß es selbst nach Ansicht der französischen Regierung darüber noch keine feststehende Erfahrung gebe. Die fünf daran interessierten Staaten sollten unter sich über die Einzelheiten und die Modalitäten in Verhandlungen treten. Die italienische Regierung meint aber, die Opportunität einer solchen Konferenz in Zweifel ziehen zu müssen, durch die die Lösung eher verzögert als beschleunigt werden könnte.

Man darf den gewaltigen Umfang der Probleme nicht übersehen, der Dritten gegenüber durch eine solche Lösung aufgeworfen werden würde.

Einfacher, so heißt es in der Note weiter, wäre es, man könnte sich jetzt schon einigen und nicht abwarten, daß getroffene Vereinbarungen dann von Dritten als unannehmbar angesehen werden. Aus diesem Grunde zieht es die italienische Regierung vor, daß zu solchen Verhandlungen die Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens zugezogen werden. Nachmals wird darauf hingewiesen, daß eine Endlösung, und nur eine solche könne die finanzielle Wiederherstellung der Lage im Donaubecken bringen, Zeit kostet. Es gelte daher, so schließt die Note, schon vorher die unumgängliche finanzielle Unterstützung zu erwägen, um mögliche Katastrophen zu vermeiden.

Diese Pläne sind für Italien von ganz besonderer Wichtigkeit, und Italien hat stets sein ernstes Augenmerk auf die Situation im Donaubecken gerichtet.

Die italienische Regierung kann allerdings weder von den besonderen Bedingungen der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Situation dieser Länder, verallgemeinert mit der Italiens, noch von der Tatsache, daß sie an der Aufstellung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie beteiligt war, absehen. Sie muß vor allem auch das Gefahrenmoment hervorheben, das in der schwierigen Lage Österreichs und Ungarns begründet ist, und das eine Endlösung so lange ausbleibt, als nicht das finanzielle und wirtschaftliche Gleichgewicht dieser beiden Staaten wieder hergestellt ist. Die italienische Regierung wird es stets begrüßen, alle Projekte darüber prüfen zu können; sie hat ihren Standpunkt dazu bereits in Genf dargelegt und leidet nicht daran, diesen Standpunkt zu ändern.

mit Österreich und Ungarn Spezialabkommen abzuschließen, deren Ziel es ist, mit Hilfe von Kreditleistungen und anderen unter dem Zwang der Devisensituation dieser Länder erlassenen Maßnahmen die Ausfuhr zu erleichtern.

Im weiteren Verlauf der Antwortnote wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft Italiens und der beiden erwähnten Staaten viele gemeinsame Anknüpfungspunkte aufweist, die es allen Beteiligten erwünscht erscheinen läßt, nach einem Weg zu suchen, der zu einer engeren Wirtschaftsverbindung führt und damit zu einer Generalisierung der Donauländer. Die italienische Regierung weist darauf hin, daß hierbei die Mitwirkung der französischen Regierung unumgänglich notwendig wäre. Allerdings steht noch nicht fest, welcher Weg eingeschlagen werden soll, um zum Ziele zu führen: ein Generalvereinigungsplan oder einzelne Vereinbarungen. Es gelte jetzt, die ersten Schritte zu tun und dann sorgfältig alle Pläne über eine wirtschaftliche Organisation des Donaubeckens zu studieren.

### England zur Donauefföderation

London, 8. März. In dem Tarleuschen Plan einer wirtschaftlichen Donauefföderation schreibt der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“: Der Grundgedanke des Donauefföderationsplans Tarleus wird in London begrüßt. Man erwartet noch nähere Einzelheiten, aber schon jetzt habe man erkannt, daß schleunige Maßnahmen notwendig sind, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch einiger Länder zu verhindern. England wird natürlich einer Lösung keine Hindernisse in den Weg legen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß der Plan eine Abänderung der Weißbügelmäßigungsverträge bedingen würde, die England mit allen fünf beteiligten Staaten abgeschlossen hat. Man hält es für möglich, daß Polen zur Teilnahme eingeladen werden wird.

### Polen will beteiligt werden

Warschau, 8. März. Der französische Botschafter Tarou hat gestern im polnischen Außenministerium den französischen Plan über die Organisation der Donauländer dargelegt. Der „Kraaker Kurier“ veröffentlicht hierzu eine offenbar beeinflusste Warschauer Meldung, worin es heißt, daß die Schaffung dieses Blocks in Mitteleuropa den polnischen Interessen nur dann entspreche, wenn Polen daran beteiligt sei. Polen von dieser Donauefföderation auszuschließen, entspreche weder dem Interesse Frankreichs noch dem der Staaten, die durch dieses Präferenzsystem zusammengeschlossen werden sollten.

### Die Abrüstungstagung in Genf

Genf, 8. März. Die gestrigen Beschlüsse des Büros der Abrüstungskonferenz wurden dem Hauptauschuss heute vormittag von dem Berichterstatter Dr. Benesch vorgelegt und begründet. Dr. Benesch wies ausdrücklich darauf hin, daß die Delegationen nach wie vor das Recht haben, jederzeit vor dem Ausschuss Änderungsanträge oder neue Vorschläge vorzubringen.

### Der deutsche Vertreter Radolny

Weste in diesem Zusammenhang legt, daß die Frage der Abschaffung der militärischen Luftfahrt, die in der Tagesordnung für den Luftfahrt-Ausschuss vorgesehen ist, mit ihrer grundsätzlichen Seite im Hauptauschuss bei der Aussprache über das Verbot gewisser Waffen oder Höchstleistungs-Kategorien erörtert werden könne. Dieser Bestimmung stimmte der Berichterstatter im Einvernehmen mit dem Ausschuss zu. Durch das Eingreifen des Vorsitzenden des Luftfahrt-Ausschusses, de Madarlagas, kam es zu einer längeren Aussprache über Art und Umfang der Erörterung der Luftfahrtfragen in den einzelnen Kommissionen, eine Aussprache, die nach dem Eingreifen von Radolny, Paul Boncour und Benesch zur Befähigung der deutschen Aufstellung führte.

Der Bericht und die Tagesordnung wurden angenommen. Die technischen Ausschüsse begannen ab morgen mit ihrer Arbeit.

### v. Oldenburg-Januschau für Duesterberg

Berlin, 8. März. Der Kammerherr von Oldenburg-Januschau hat auf einer öffentlichen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Neuruppin gesprochen. Oldenburg erklärte, daß er ein persönlicher Freund des Generalfeldmarschalls von Hindenburg sei. Gerade als solcher könne er aber sehr wohl verstehen, daß viele Deutsche der Kandidatenfrage mit unwilligen Gefühlen gegenüberstünden. Er müsse aber erklären, für ihn gäbe es keinerlei Zweifel, daß er bei der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, als guter Preusse und Deutscher das bestmögliche System nicht dadurch decken könne, daß er ein persönliches Gefühl der Pietät seine Stimme dem Feldmarschall gebe. Vielmehr fordere er alle seine Gesinnungsgenossen im Lande auf, mit ihm zu gehen und ihre Stimme für Duesterberg, den Kandidaten des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot, abzugeben.

### Der „Illustrierte Beobachter“ beschlagnahmt

München, 8. März. Am Montagabend erschienen in der Druckerei des nationalsozialistischen „Illustrierten Beobachters“ Kriminalpolizei und beschlagnahmte die gesamte bereits fertige Auflage der „Baltpropaganda“ Nummer des „Illustrierten Beobachters“.

### Ein Federmantel aus Hawaii gestohlen

Museumsstücke von Millionen Wert  
Göttingen, 8. März. Aus dem ethnographischen Institut der Universität Göttingen wurde in der vergangenen Nacht ein Federmantel aus Hawaii gestohlen. Der Mantel besteht aus geflochtenen Fasern, in die wertvolle Federn eingeknüpft sind. Der Schultertrager ist mit roten und gelben Federn besetzt. Ferner wurde ein ebenfalls aus roten und gelben Federn angefertigter Federhelm gestohlen. Als Wert der beiden Gegenstände werden 2 Millionen Reichsmark angegeben.

### Beim Einbruch von der Polizei erschossen

Berlin, 8. März. Der 25jährige Zellungshändler Erich Wilde drang heute früh mit Hilfe dreier Kameraden in die Wohnung seiner früheren Braut ein. Er hatte sich vom Dach aus an einem Strick bis zum Fenster einer Kammer ihrer Wohnung heruntergelassen und das Fenster eingedrückt. In der Annahme, daß seine Braut in der Kammer schlief, gab er drei Schüsse auf das Bett ab, in dem jedoch der Bruder der Braut lag. Die Schüsse gingen fehl. Die übrigen Angehörigen flüchteten in die Nachbarwohnung und alarmierten die Polizei. Während der Eindringling in der Wohnung nach seiner früheren Braut suchte, traf ein Beamter ein und stellte ihn in der Küche. Als Wilde darauf in die Kammer flüchtete, gab der Beamte einen Schuss nach der Kammer ins Dunkle ab und tötete Wilde durch einen Kopfschuss.

### Zwölfundsünfzig Breslauer Schulen geschlossen

Breslau, 8. März. Seit einigen Wochen haben die Grippe-Erkrankungen in Breslau einen derartigen Umfang angenommen, daß man heute von einer Epidemie sprechen muß, die sich besonders unter den Kindern der städtischen Schulen ausgebreitet hat. In verschiedenen Klassen sind über 30 v. H. der Schüler erkrankt. Auf Anordnung des Gesundheitsamtes sind 55 Volk- und Mittelschulen sowie 187 Einzelklassen vorläufig auf die Dauer einer Woche geschlossen worden. Die Zahl der Erkrankten steigt noch ständig, so daß mit weiteren Schließungen von Schulen gerechnet werden muß.

## Der Obertarif wird eingeführt

### Verordnung im Reichsgesetzblatt

Berlin, 8. März. In Nummer 14 des Reichsgesetzblattes vom 7. März wird nunmehr die Verordnung über die Einführung eines Obertarifs veröffentlicht. Darin wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Vollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 sowie auf Grund des § 9 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 in Verbindung mit Artikel 179 Absatz 2 der Reichsverfassung in Artikel 1 verordnet, daß für Waren, die aus Ländern stammen, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder die die deutschen Waren ungünstiger behandeln als die Waren eines dritten Landes,

für eine große Anzahl Nummern des allgemeinen Zolltarifs an die Stelle der bisherigen Zollsätze und Zollzuschläge (Obertarifs) treten.

Die Zuweisung der Waren zu den einzelnen Tarifnummern geschieht in der Weise, daß die Waren gemäß den Vorschriften des allgemeinen Zolltarifrechts in den allgemeinen Zolltarif eingereiht und bei der so gefundenen Tarifstelle die Zollsätze und Zollzuschläge des Obertarifs anzuwenden werden. Die Länder, auf deren Hoheits- und Gewerbebezugsrechte der Obertarif anzuwenden ist, werden durch besondere Verordnung bestimmt.

### Kabinettsitzung über Zollfragen

Berlin, 8. März. Das Reichskabinett tritt am heutigen Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um sich vor allem mit einer Notverordnung über Verlängerung der Zollermächtigung zu befassen. Die letzte Zollermächtigung war bekanntlich mit dem Inkrafttreten des Reichstags abgelaufen. Ferner stehen auf dem Programm der Kabinettsitzung kleinere Fragen, so unter anderem das Zugabewesen.

### 1162,3 Millionen Mark Fehlbetrag

Berlin, 8. März. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Januar 1932 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalts die Einnahmen 772,8 und die Ausgaben 773,7. Da die Einnahmen in den Monaten April 1931 bis Januar 1932 783,2 und die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum 741,4 betragen haben, ergibt sich für Ende Januar

ein Minusbestand von 96,2 und unter Berücksichtigung des Fehlbetrags aus dem Vorjahre ein Defizit von 776,7.

Im außerordentlichen Haushalt ergibt sich bis Ende Januar ein Fehlbetrag von 121,2 und unter Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbetrags von 261,4 ein Defizit von 382,8. Das Gesamtdesizit beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge errechnet sich also auf 1162,3.

### Der Groener-Erlaß in neuer Fassung

Berlin, 8. März. Reichswehrminister Groener hat nunmehr die neue Fassung zu den Deeresergänzungsabteilungen veröffentlicht. Danach ist von der Werbung und Einstellung von Freiwilligen in die Reichswehr u. a. ausgeschlossen, wer wegen Vergehens oder Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe bestraft ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Strafe verbüßt ist oder nicht. Ausgeschlossen ist ferner, wer sich verfassungswidrig betätigt hat, d. h. erzwungenermaßen an Verordnungen teilgenommen hat, die auf einer Änderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unzulässigen Mitteln gerichtet waren. Von Personen, die verfassungswidrigen Organisationen angehören, dürfen Auskünfte nicht eingeholt werden; auch Personen die in sonstigen politischen Vereinen tätig sind, sollen, wenn sich ein Bewerber ausdrücklich auf sie berufen hat, nicht um Auskünfte angegangen werden.